



**Geschäftsführung
Stadtarbeitsgemeinschaft
Seniorenpolitik**

Herr Holtmann

Telefon: (0221) 221-27408

Fax: (0221)

E-Mail: rainer.holtmann@stadt-koeln.de

Datum: 09.09.2020

Niederschrift

über die **Sitzung der Stadtarbeitsgemeinschaft Seniorenpolitik** in der Wahlperiode 2014/2020 am Donnerstag, dem 25.06.2020, 09:00 Uhr bis 10:55 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Innenhof Spanischer Bau (neben dem Stadtmodell)

INFEKTIONSSCHUTZ: Aufgrund der Mindestabstände stehen weniger Plätze für Gremienmitglieder und Öffentlichkeit zur Verfügung.
Bitte melden Sie sich unbedingt vorab bei der Schriftführung an!

Anwesend waren:

Vorsitzender

Herr Beigeordneter Dr. Harald Rau Dez. Soziales, Umwelt, Gesundheit und Wohnen

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Wolfgang Schäfer	Deutsches Rotes Kreuz
Frau Susanne Schönewolff	Diakonisches Werk
Herr Christof Wild	Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband, Kreisgruppe Köln e.V.

Ratsmitglieder

Frau Ursula Gärtner	CDU
Herr Frank Hauser	GRÜNE
Frau Katja Hoyer	FDP

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Hubert Alflen	DIE LINKE
Frau Sabrina Exler	Caritasverband für die Stadt Köln e. V.
Herr Dr. Walter Schulz	SPD

Stellvertretende stimmberechtigte Mitglieder

Frau Natascha Mark	Sozial-Betriebe-Köln gGmbH (SBK)
--------------------	----------------------------------

Frau Alina Schiller	Synagogen-Gemeinde Köln
Herr Andreas Thermann	Vertretung für Frau Ramos (AWO)

Seniorenvertreterinnen und Seniorenvertreter

Frau Uta Grimbach-Schmalfuß	Seniorenvertretung der Stadt Köln
Herr Olaf Klömpken	Seniorenvertretung der Stadt Köln
Frau Hedwig Krüger-Israel	Seniorenvertretung der Stadt Köln
Herr Hans Anton Meurers	Seniorenvertretung der Stadt Köln
Herr Heiko Nigmann	Seniorenvertretung der Stadt Köln
Frau Katharina Reiff	Seniorenvertretung der Stadt Köln
Herr Dr. med Martin Theisohn	Seniorenvertretung der Stadt Köln
Herr Bernd Tillmann-Gehrken	Seniorenvertretung der Stadt Köln
Frau Felicitas Vorpahl-Allweins	Seniorenvertretung der Stadt Köln

Gäste

Herr Andreas Eckart	Polizei Köln
Herr Dr. Klaus Zimmermann	Polizei Köln

Presse

Zuschauer

Entschuldigt fehlen:

Stellvertretende stimmberechtigte Mitglieder

Frau Marita Scheeres	Arbeiterwohlfahrt
Frau Dr. Ursula Schmitz	Diakonisches Werk

Stimmberechtigte Mitglieder

Frau Tatjana Puris	Synagogen-Gemeinde Köln
Frau Anja Ramos	AWO Köln Wird von Herrn Thermann vertreten

Stellvertretende stimmberechtigte Mitglieder

Herr Hartmut Stein	FDP
Frau Marion Heuser	GRÜNE
Frau Katharina Pucher	DRK
Herr Detlef Silvers	Caritasverband für die Stadt Köln e. V.

Seniorenvertreterinnen und Seniorenvertreter

Herr Kurt Alexius	Seniorenvertretung der Stadt Köln
-------------------	-----------------------------------

Herr Ramazan Arslan	Seniorenvertretung	der Stadt Köln
Herr Yadigar Arslan	Seniorenvertretung	der Stadt Köln
Herr Heinz-Peter Bourry	Seniorenvertretung	der Stadt Köln
Frau Hedwig Drießen	Seniorenvertretung	der Stadt Köln
Herr Dr. Gerhard Haider	Seniorenvertretung	der Stadt Köln
Herr Herbert Anton Krempa	Seniorenvertretung	der Stadt Köln
Frau Ruth Lenzen-Genco	Seniorenvertretung	der Stadt Köln
Frau Ingrid Ottenberg	Seniorenvertretung	der Stadt Köln
Herr Karl-Heinz Pasch	Seniorenvertretung	der Stadt Köln
Frau Hannelore Ringel	Seniorenvertretung	der Stadt Köln

Vor Eintritt in die Tagesordnung begrüßt Herr Dr. Rau die Anwesenden zur **siebten Sitzung** der Stadtarbeitsgemeinschaft Seniorenpolitik in der **9. Amtsperiode** der Kölner Seniorenvertretung und weist auf Corona-bedingte Besonderheiten hin.

Er begrüßt Herrn Rainer Holtmann - Mitarbeiter im Amt für Soziales, Arbeit und Senioren -, der für die organisatorische Geschäftsführung und Schriftführung der Stadtarbeitsgemeinschaft Seniorenpolitik zuständig sei.

Herr Holtmann stellt sich kurz vor.

Die Mitglieder der Stadtarbeitsgemeinschaft Seniorenpolitik sind damit einverstanden, dass Herr Holtmann die Schriftführung der Stadtarbeitsgemeinschaft Seniorenpolitik übernimmt.

Herr Dr. Rau begrüßt als Gäste Herrn Kriminaldirektor Zimmermann und Herrn Polizeihauptkommissar Eckart von der Polizei Köln und bedankt sich für ihr Kommen. Vor Eintritt in die Tagesordnung werde Herr Zimmermann einen Input zum Kriminalpräventiven Rat in Köln geben.

Er fragt, ob es Einwände gegen die Aufzeichnung der Sitzung gibt, zwecks Erstellung der Niederschrift. Es werden keine erhoben.

Herr Dr. Rau weist darauf hin, dass Herr Pasch entschuldigt fehlt und ordnungsgemäß von Herrn Meurers vertreten wird.

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

- 1 Beschluss über die Tagesordnung und Verabschiedung der Niederschrift der letzten Sitzung gemäß § 9 Absatz 2 der Geschäftsordnung**
- 2 Konzept für die SeniorenNetzwerke Köln**
0586/2020
- 3 Mitteilungen und Anfragen der Seniorenvertretungen**
 - 3.1 Antrag der Seniorenvertretung zum Thema "Deckelung des Einrichtungseinheitlichen Eigenanteils bei der Stationären Pflege"
 - 3.2 Antrag der Seniorenvertretung zum Thema "Ausreichende Kühlung in den stationären Pflegeeinrichtungen"
 - 3.3 Resolution zur medizinischen und pflegerischen Versorgung im Stadtbezirk Chorweiler und insbesondere in den Stadtteilen Blumenberg und Kreuzfeld (Beschluss der SVK-Stadtkonferenz)
 - 3.4 Resolution zur medizinischen und pflegerischen Versorgung im Stadtbezirk Mülheim (Beschluss der SVK-Stadtkonferenz)
 - 3.5 Radeln ohne Alter
 - 3.6 Antrag der Seniorenvertretung Innenstadt auf Neubefassung des Antrags zur Änderung der Hauptsatzung der Stadt Köln
- 4 Bericht aus der Landesseniorenvertretung**
- 5 Mitteilungen und Anfragen der Ratsfraktionen**
- 6 Mitteilungen und Anfragen der Verbände der freien Wohlfahrtspflege**
 - 6.1 Seniorenprogramme zu Zeiten der Corona-Pandemie / Öffnung der Programme nach Lockerung der Betretungsverbote und Kontaktbeschränkungen
- 7 Mitteilungen und Anfragen der Verwaltung**
 - 7.1 Stadtmagazin KölnerLeben: Wegweiser "Gut informiert älter werden" / Start des Podcast für Senioren
1458/2020

- 7.2 Stellungnahme der Verwaltung zum Artikel der Kölnischen Rundschau zum Thema "Entlastung bei Pflege der Eltern"
1461/2020
- 7.3 Wohnungsangebote der Sozial-Betriebe-Köln gGmbH für Seniorinnen und Senioren
0223/2020
- 7.4 Handlungskonzept zur Kölner Behindertenpolitik, 2. Folgebericht; Controlling der Umsetzung der Einzelmaßnahmen
0299/2020
- 7.5 Ausbau der Systematischen Öffentlichkeitsbeteiligung
1102/2020
- 8 Kriminalprävention Senioren**
- 9 Verschiedenes**

I. Öffentlicher Teil

1 **Beschluss über die Tagesordnung und Verabschiedung der Niederschrift der letzten Sitzung gemäß § 9 Absatz 2 der Geschäftsordnung**

Die Tagesordnung ist den Mitgliedern der Stadtarbeitsgemeinschaft Seniorenpolitik zusammen mit der Einladung form- und fristgerecht zugeleitet worden.

Nach Versand der ursprünglichen Tagesordnung sind weitere Mitteilungen der Verwaltung, eine Dokumentation der Kölner Wohlfahrtsverbände, der TOP „Radeln ohne Alter“ der Seniorenvertretung sowie ein Antrag der Seniorenvertretung Innenstadt auf Neubefassung ihres Antrags zur Änderung der Hauptsatzung eingegangen.

Die Tagesordnung wurde entsprechend erweitert und zur Sitzung als Tischvorlage verteilt.

Gemäß § 9 Absatz 2 der Geschäftsordnung für die Gremien der Seniorenpolitik der Stadt Köln wurde die neue Tagesordnung einstimmig beschlossen.

Gleichzeitig wurde beschlossen, TOP 8 „Kriminalprävention Senioren“ im weiteren Ablauf vor Eintritt in die Tagesordnung vorzuziehen, damit Herr Zimmermann und Herr Eckart anschließende Termine wahrnehmen können. Die Protokollierung erfolgt in der Reihenfolge der Tagesordnung.

Die Niederschrift zur Sitzung am 29.11.2019 wurde den Mitgliedern des Gremiums zugesandt. Die Niederschrift wurde ohne Ergänzungen verabschiedet.

2 **Konzept für die SeniorenNetzwerke Köln 0586/2020**

Die Anlagen 11 – 16 zu 0586/2020 werden als Tischvorlagen zur Verfügung gestellt und sind Anlagen 1 – 6 zur Niederschrift.

Frau Grimbach-Schmalfuß beantragt die Verschiebung dieses TOP, da die Bezirksvertretung Lindenthal noch nicht über die Vorlage beschlossen hat und noch Beratungsbedarf besteht.

Herr Dr. Rau sieht verwaltungsseitig keine grundsätzlichen Bedenken dagegen.

Beschluss:

Zurückgestellt

Abstimmungsergebnis:

Mit 8 Ja-, 2 Gegenstimmen und 5 Enthaltungen mehrheitlich beschlossen

3 Mitteilungen und Anfragen der Seniorenvertretungen

3.1 Antrag der Seniorenvertretung zum Thema "Deckelung des Einrichtungseinheitlichen Eigenanteils bei der Stationären Pflege"

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegt ein Antrag der Seniorenvertretung vor.

Herr Dr. Theisohn weist darauf hin, dass die Bezahlbarkeit der Pflege abnimmt und deshalb eine bundesweite Neuregelung aus seiner Sicht erforderlich ist.

Herr Dr. Rau betont, dass er das Anliegen der Seniorenvertretung versteht und eine bundesgesetzliche Regelung erhofft.

Herr Schaefer befürwortet im Namen des DRK eine Deckelung des Eigenanteils des Pflegebedürftigen. Dies vertrete das DRK politisch in den Bundesgremien.

Herr Wild begrüßt ebenfalls eine Deckelung und weist darauf hin, dass die Problematik auch den ambulanten Bereich betreffe.

Beschluss:

Die Stadtarbeitsgemeinschaft bittet die zuständigen Gremien der Stadt sich gegenüber der Landes- und Bundesregierung sowie den Pflegekassen und Kostenträgern dafür einzusetzen, dass der Einrichtungseinheitliche Eigenanteil bei der Stationären Pflege gedeckelt und möglichst sogar gesenkt wird.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

Herr Dr. Rau wünscht dem Antrag viel Erfolg und sagt, dass die Verwaltung sich entsprechend engagieren werde.

3.2 Antrag der Seniorenvertretung zum Thema "Ausreichende Kühlung in den stationären Pflegeeinrichtungen"

Herr Dr. Theisohn betont die Notwendigkeit von Investitionen in die aktive Kühlung in den Altenpflegeheimen. Angesichts der Mehrkosten bestehe ein inhaltlicher Zusammenhang zum Antrag zur Deckelung des Eigenanteils.

Frau Dr. Robinson weist darauf hin, dass bei der Hitzewelle zu Pfingsten Herr Woltmann und sein Team Kontakt mit dem LVR aufgenommen haben. Die Stadt trage die Kosten, aber der LVR führe die Kostensatzverhandlungen hinsichtlich der Pflegeeinrichtungen. Der Dialog mit dem LVR werde im Sinne der Seniorenvertretung geführt.

Beschluss:

Die Stadtarbeitsgemeinschaft bittet die zuständigen Gremien der Stadt und die Träger der stationären Pflegeeinrichtungen dafür zu sorgen, dass die Raumtemperatur in den Pflegeeinrichtungen im medizinisch-erforderlichen Bereich verbleibt auch wenn die Außentemperatur über 30° C ansteigt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen, bei 2 Enthaltungen

3.3 Resolution zur medizinischen und pflegerischen Versorgung im Stadtbezirk Chorweiler und insbesondere in den Stadtteilen Blumenberg und Kreuzfeld (Beschluss der SVK-Stadtkonferenz)

Herr Dr. Theisohn stellt die extreme Unterversorgung des Bezirkes Chorweiler im medizinischen und pflegerischen Bereich heraus. Gesundheits- und Sozialausschuss hätten der Resolution zugestimmt, und damit an alle nachfolgenden Gremien die Erwartung ausgesprochen, die Resolution zu berücksichtigen.

Herr Hauser bedankt sich für die Initiative und macht den Vorschlag, dass die Infrastrukturen bereits stehen sollten, d.h. Gesundheits- und Senioreneinrichtungen, bevor die ersten Wohneinheiten in neuen Stadtteilen bezogen werden.

Frau Hoyer weist darauf hin, dass die Resolution in den Ausschüssen nur zur Kenntnis genommen worden sei.

Herr Dr. Rau erläutert, dass es sich um eine Resolution und keinen Beschluss handelt.

Herr Dr. Theisohn differenziert, dass im Gesundheitsausschuss der Beschlussvorschlag beschlossen und im Ausschuss Soziales und Senioren zur Kenntnis genommen worden sei. Er enthalte, dass die Resolution nachfolgenden Gremien übermittelt werden solle. Nicht die Resolution selber sei beschlossen worden.

Beschluss:

Diese Resolution soll auch den Ausschüssen für Soziales und Senioren, dem Gesundheitsausschuss, dem Stadtentwicklungs- und Bau-Ausschuss, dem Ausschuss Umwelt und Grün sowie der Kommunalen Gesundheitskonferenz und der Konferenz Alter und Pflege zur Zustimmung und Unterstützung übermittelt werden.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen bei 3 Enthaltungen

3.4 Resolution zur medizinischen und pflegerischen Versorgung im Stadtbezirk Mülheim (Beschluss der SVK-Stadtkonferenz)

Herr Dr. Theisohn teilt mit, dass es auch im Bezirk Mülheim erhebliche Probleme gebe. Es gebe rechtsrheinisch nur ein Hospiz in Porz, das nur ein siebtel der Anfragen berücksichtigen könne. Ein stationäres Hospiz im Bezirk Mülheim sei sinnvoll. Es gebe eine große Gruppe, die ambulante Hospizarbeit mache und gerne stationär tätig werde. Außerdem halte er den Weiterbetrieb des Krankenhauses Holweide für erforderlich.

Beschluss:

Diese Resolution soll auch den Ausschüssen für Soziales und Senioren, dem Gesundheitsausschuss, dem Stadtentwicklungs- und Bau-Ausschuss sowie der Kommunalen Gesundheitskonferenz und der Konferenz Alter und Pflege zur Zustimmung und Unterstützung übermittelt werden.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen bei 2 Enthaltungen

3.5 Radeln ohne Alter

Herr Dr. Theisohn weist darauf hin, dass der Rat vor drei Jahren über die Beschaffung von Rikschas für Senioren und Menschen mit Behinderung beschlossen habe. Die Verwaltung wolle zum Sachstand informieren.

Herr Woltmann berichtet, dass 100.000,00 € durch einen Beschluss für das Projekt zur Verfügung standen für die Zielgruppe der Bewohner/innen von Pflegeeinrichtungen. Radeln ohne Alter sollte dann auf Wunsch der Politik mit einer Beschäftigungsmaßnahme verbunden werden. Im Rahmen der Ausschreibung konnte jedoch kein Bieter dafür gewonnen werden. Deshalb habe ein neuer Beschluss des Sozialausschusses von Ende 2019 kein Beschäftigungsprojekt mehr enthalten. Es gebe Bewerber für die Rikschas und nach Klärungen mit der Kämmerei sei er zuversichtlich, dass noch im Sommer 2020 die Rikschas beschafft werden können.

Herr Nigmann fragt, ob Versicherungsfragen geklärt seien, wer z.B. bei einem Unfallschaden eines Rikscha-Fahrgastes haftbar sei.

Herr Dr. Rau sagt eine Klärung dieser Angelegenheit zu.

Herr Dr. Theisohn berichtet dass es „Radeln ohne Alter“-Vereine gibt, auch in Köln. Der Verein biete an, seine trainierten Mitglieder als Fahrerinnen und Fahrer zur Verfügung zu stellen. Er habe Kontakt zu dem Verein in Köln. Es sei sinnvoll, Heime mit Rikschas auf diese Ehrenamtlerinnen und Ehrenamtler hinzuweisen.

Herr Woltmann teilt mit, dass die Fachverwaltung Kontakt zu diesem Verein habe und Verbindung zu den Heimen herstellen werde, die Rikschas haben.

3.6 Antrag der Seniorenvertretung Innenstadt auf Neubefassung des Antrags zur Änderung der Hauptsatzung der Stadt Köln

Der Antrag wird als Tischvorlage zur Verfügung gestellt und ist Anlage 7 zur Niederschrift.

Herr Dr. Rau berichtet, dass er von der Seniorenvertretung Innenstadt angeschrieben worden sei, um den Antrag zur Änderung der Hauptsatzung in der Stadtarbeitsgemeinschaft Seniorenpolitik erneut beraten zu lassen. Er weist darauf hin, dass nach seiner Kenntnis die Seniorenvertretung Innenstadt in der gesamtstädtischen Seniorenvertretung keine Mehrheit für ihren Antrag gefunden habe.

Er habe den Antrag nicht zur inhaltlichen Beratung auf die Tagesordnung genommen, sondern um die Haltung der Verwaltung beim Erhalten von Anträgen bezirklicher Seniorenvertretungen zu erläutern. Die Geschäftsordnung für die Gremien der Seniorenpolitik lege fest, dass die Stadtarbeitsgemeinschaft Seniorenpolitik Anträge der gesamtstädtischen Seniorenvertretung behandelt. Er weise deshalb Anträge bezirklicher Seniorenvertretungen an die gesamtstädtische Seniorenvertretung.

Herr Meurers ist der Meinung, dass die Hauptsatzung Anträge der bezirklichen Seniorenvertretung erlaube. Er informiert, dass der Antrag der Seniorenvertretung Innenstadt laut Beschluss der letzten Stadtarbeitsgemeinschaft Seniorenpolitik in der SVK-Gesamtkonferenz besprochen werden sollte, was aber nicht erfolgt sei. Deshalb solle jetzt über den Antrag beraten werden.

Außerdem schränke der Neuentwurf der zuvor genannten Geschäftsordnung, den die Verwaltung der Seniorenvertretung zur Beratung geschickt habe, die Rechte der Se-

nioerenvertretung ein. Laut Schreiben der Bezirksregierung Köln sei ein Antragsrecht für die Seniorenvertretung zulässig. Er beantrage, über den Antrag der Seniorenvertretung Innenstadt zu entscheiden.

Frau Gärtner weist darauf hin, dass die Politik von verschiedenen Mitgliedern der Seniorenvertretung auf die geplante Änderung der Geschäftsordnung für die Gremien der Seniorenpolitik angesprochen worden sei. In der Fraktion gebe es keine Beschlussfassung, jedoch werde es für sinnvoll gehalten, dass die Seniorenvertretung auf Bezirksebene Anträge stellen kann und die Gesamt seniorenvertretung in den Fachausschüssen. Sie halte es für richtig, sich zusammensetzen, bevor eine Änderung der Geschäftsordnung beschlossen werde.

Frau Gies, die im Amt der Oberbürgermeisterin den Bereich Kommunales Verfassungsrecht leitet, erläutert, dass der Antrag der Seniorenvertretung Innenstadt bereits in der Sitzung des Ausschusses für Anregungen und Beschwerden im Januar 2019 behandelt wurde. Eine Stellungnahme zu den aktuellen Beteiligungsrechten der Seniorenvertretung und den Möglichkeiten, diese zu erweitern, liege aus dieser Sitzung vor (s. Punkt II der Begründung der Vorlage 4290/2019, dieser Niederschrift als Anlagen 8 und 9 beigefügt).

Bei den Beteiligungsrechten sei zu differenzieren: Beim Recht auf Anregungen sei eine Erweiterung in Bezug auf die bezirklichen Seniorenvertretungen durch Änderung der Hauptsatzung zulässig.

Ein Antragsrecht der Seniorenvertretung, gesamtstädtisch oder bezirklich, sei aber eindeutig rechtlich nicht zulässig sei. Die Bezirksregierung habe dies aktuell bestätigt.

In den Bezirksvertretungen seien nur die Bezirksvertreterinnen und Bezirksvertreter antragsberechtigt, nicht aber die beratenden Ratsmitglieder oder die Seniorenvertreterinnen und Seniorenvertreter, die beratend als „Sachverständige für seniorenpolitische Fragen“ teilnehmen.

Die Seniorenvertreterinnen und Seniorenvertreter, die auf Vorschlag der SVK-Stadtkonferenz nach § 23 Absatz 4 Hauptsatzung vom Rat zu „Sachkundigen Einwohnerinnen und Einwohnern“ in die Ausschüsse gewählt wurden, haben dort ein Antragsrecht.

Herr Nigmann berichtet, dass der Ausschuss für Anregungen und Beschwerden den Antrag der Seniorenvertretung Innenstadt an die gesamtstädtische Seniorenvertretung zurückverwiesen habe, da er erst in den SVK-Gesamtkonferenz beraten werden müsse. Erst anschließend könne man in der Stadtarbeitsgemeinschaft Seniorenpolitik darüber reden. Er bitte die Reihenfolge zu respektieren. Insofern sei der Antrag von der Tagesordnung zu nehmen.

Herr Dr. Schulz dankt Frau Gies für die Richtigstellungen und Ergänzungen und bittet darum, den Mitgliedern die Vorlage aus dem Ausschuss zur Verfügung zu stellen, um das Thema bearbeiten zu können. Er schließt sich der Einschätzung von Frau Gärtner an, dass die verschiedenen Satzungsfragen noch zu diskutieren sind.

Es gehe um einen Konflikt innerhalb der Seniorenvertretung und er bitte um interne Austragung.

Frau Hoyer sieht Gesprächs- und Regelungsbedarf zum Stimmrecht.

Herr Dr. Theisohn habe vor vier Wochen den Entwurf der Verwaltung zur Änderung der Geschäftsordnung erhalten. Es gebe noch weitergehende Änderungswünsche aus anderen bezirklichen Seniorenvertretungen. Er wolle die Vorschläge in der Seniorenvertretung sammeln und in der Stadtkonferenz zu besprechen. Er bittet die Verwal-

tung, gegenüber der Seniorenvertretung die Verwaltungsmeinung zu Hauptsatzung und Geschäftsordnung darzustellen. Man solle sich Zeit für die Diskussion nehmen und nicht heute beraten.

Herr Meurers sagt, die Bezirksregierung habe das Antragsrecht für zulässig erklärt, soweit die Hauptsatzung entsprechend geändert werde. Im Gegensatz zu den anderen Stadtarbeitsgemeinschaften seien die Seniorenvertreterinnen und -vertreter gewählt.

Herr Dr. Rau macht folgende Verfahrensvorschläge: Der Antrag solle in der gesamtstädtischen Seniorenvertretung besprochen werden. Zum anderen bittet er Frau Gies, die Verwaltungsposition darzustellen, um sie der bezirklichen und gesamtstädtischen Seniorenvertretung zur Verfügung zu stellen.

Frau Gies sagt eine Ergänzung der im Beschwerdeausschuss vorgetragenen Informationen auch zu den „Sachverständigen für Seniorenpolitische Fragen“ in der Bezirksvertretung zu (s. die aktuelle Stellungnahme von Juni 2020 in Anlage 10 zur Niederschrift).

Herr Wild weist darauf hin, dass Hauptsatzung und Geschäftsordnung zwei verschiedene Dinge sind und nicht vermischt werden sollten.

Herr Schaefer berichtet, dass der Vorschlag der Verbände hinsichtlich der Seniorenkoordination im Neuentwurf der Geschäftsordnung berücksichtigt wurde.

Herr Meurers stellt den Geschäftsordnungsantrag, dass über seinen Antrag – ohne das Wort Antragsrecht – abgestimmt wird.

Herr Dr. Theisohn schlägt in seiner Gegenrede vor, dass zunächst in der Seniorenvertretung auf gesamtstädtischer Ebene über den Antrag der Seniorenvertretung Innenstadt beraten wird.

Herr Dr. Rau formuliert als Vorsitzender der Stadtarbeitsgemeinschaft Seniorenpolitik einen Beschlussvorschlag – anknüpfend an die Ausführungen von Dr. Theisohn, den er als weitergehenden Antrag zur Abstimmung stellt.

Beschluss:

Die Verwaltung stellt eine Ausarbeitung ihrer Positionierung einigermaßen zeitnah Ihnen zur Verfügung. Wir bitten die gesamtstädtische Seniorenvertretung, sich vor diesem Hintergrund mit dem konkreten Antrag zu befassen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich zugestimmt, bei 1 Gegenstimme und 1 Enthaltung

4 Bericht aus der Landesseniorenvertretung

Herr Dr. Theisohn reicht den Bericht aus der Landesseniorenvertretung (s. Anlage 11 zur Niederschrift) und einen Flyer zu „Fröhliche Demo für und mit Seniorinnen und Senioren“ schriftlich zur Niederschrift ein (s. Anlage 12 zur Niederschrift).

5 Mitteilungen und Anfragen der Ratsfraktionen

Es gibt keine Beiträge.

6 Mitteilungen und Anfragen der Verbände der freien Wohlfahrtspflege

6.1 Seniorenprogramme zu Zeiten der Corona-Pandemie / Öffnung der Programme nach Lockerung der Betretungsverbote und Kontaktbeschränkungen

Die Dokumentation zu den Programmen wird als Tischvorlage zur Verfügung gestellt und ist Anlage 13 zur Niederschrift.

Herr Schaefer erläutert den Hintergrund zu der Dokumentation der Verbände und der Sozial-Betriebe-Köln gGmbH. Sie berichtet wie in der aktuellen Situation gehandelt wurde und wie zukünftig die Öffnung der Programme unter den Bedingungen von Corona möglich ist. Er bittet um Berücksichtigung des Entstehungsdatums Mitte Mai. Mittlerweile seien beispielsweise die aufsuchenden Hausbesuche wieder aufgenommen worden.

Dr. Theisohn erwartet, dass das Thema Corona in der nächsten Stadtarbeitsgemeinschaft Seniorenpolitik ausführlichen Raum einnimmt. Auch um bei einer etwaigen zweiten Welle Dinge wie völlige Besuchsverbote in Heimen vermeiden zu können. Er gehe trotz der Dokumentation der Verbände von einer eingeschränkten Wirksamkeit der SeniorenNetzwerke aus.

Herr Wild bietet an, in der nächsten Stadtarbeitsgemeinschaft über die Aktivitäten der Seniorennetzwerke zu berichten. Es sei vieles passiert, was auch in Presseartikeln dokumentiert worden sei. Er weist darauf hin, dass die Seniorenkoordinatorinnen und anderen Aktive in den Netzwerken sehr viele Aktivitäten – Briefe, Besuche und Gespräche, Telefonsprechstunden an 2 – 5 Tagen, digitale Kontakte – entfaltet haben, deren Wichtigkeit sie aber teilweise selber unterschätzen. Auch die Sonderausgabe von KölnerLeben konnte bei den persönlichen Kontakten vielfach eingesetzt werden.

Frau Hoyer schildert die Vielfältigkeit von Aktivitäten, die ihr durch einen Verteiler der Seniorennetzwerke bekannt wurden. Es sei ihres Erachtens sehr gute Arbeit von den freien Trägern geleistet worden.

Herr Dr. Rau kündigt an, dass die Verwaltung in der nächsten Stadtarbeitsgemeinschaft Seniorenpolitik einen Schwerpunkt im Hinblick auf die Corona-bedingten Anpassungen und Aktivitäten bei den Hilfe- und Unterstützungsstrukturen setzen will. Die psycho-sozialen Belastungen seien für Senioren und Alleinlebende sehr hoch.

Herr Dr. Theisohn möchte das Engagement der Netzwerkkoordinatorinnen und –koordinatoren nicht bezweifeln, aber trotzdem sei die Wirksamkeit wegen weniger direkter Kontakte begrenzt gewesen.

Herr Wild weist darauf hin, dass bei Kontaktaufnahmen auch bislang unerreichte Senioren erreicht worden seien.

Frau Reiff berichtet, dass es eine Verbesserung von Nachbarschaftskontakten in ihrer Straße gegeben habe.

Kenntnis genommen

Herr Wild reicht zwei Mitteilungen der Verbände zur Niederschrift ein, eine Übersicht neuer Kontakte in den Programmen der offenen Seniorenarbeit und Quartiersarbeit (Anlage 14 zur Niederschrift) und einen Text zur Bearbeitungsdauer bei der Beantragung von Schwerbehindertenausweisen (Anlage 15 zur Niederschrift). Er weist münd-

lich darauf hin, dass es Verbesserungen gegeben habe, die Bearbeitungszeit mit 6 – 9 Monaten jedoch noch zu lang sei.

7 Mitteilungen und Anfragen der Verwaltung

7.1 Stadtmagazin KölnerLeben: Wegweiser "Gut informiert älter werden" / Start des Podcast für Senioren 1458/2020

Frau Schneider-Benjamin bedankt sich bei der Liga der Wohlfahrtsverbände für deren Unterstützung bei der Erstellung des Wegweisers und für die gute Zusammenarbeit zum Thema Einkaufshilfen, und bittet um weitere Mithilfe bei der Bekanntmachung des Podcast.

Kenntnis genommen

7.2 Stellungnahme der Verwaltung zum Artikel der Kölnischen Rundschau zum Thema "Entlastung bei Pflege der Eltern" 1461/2020

Herr Dr. Theisohn fragt, ob es auch eine Entlastung der Verwaltung durch das Angehörigenentlastungsgesetz gebe.

Frau Dr. Robinson antwortet, dass es noch keine statistischen Erfassungen hinsichtlich des Aufwandes gebe. Sie sei zuversichtlich, dass das Gesetz die Möglichkeit schafft, die pflegerische Versorgung der Menschen sicherzustellen.

Herr Dr. Rau sagt zu, dass die Verwaltung zu einem späteren Zeitpunkt berichten werde.

Kenntnis genommen

7.3 Wohnungsangebote der Sozial-Betriebe-Köln gGmbH für Seniorinnen und Senioren 0223/2020

Es lagen keine Wortmeldungen vor.

Kenntnis genommen

7.4 Handlungskonzept zur Kölner Behindertenpolitik, 2. Folgebericht; Contolling der Umsetzung der Einzelmaßnahmen 0299/2020

Herr Dr. Theisohn regt an, dass noch zu erledigende Dinge nicht grün sondern gelb im Handlungskonzept dargestellt werden sollten.

Herr Dr. Rau sagt zu, diese Anregung an das Amt 16 weiterzugeben.

Kenntnis genommen

7.5 Ausbau der Systematischen Öffentlichkeitsbeteiligung 1102/2020

Die Mitteilung der Verwaltung wird als Tischvorlage zur Verfügung gestellt und ist Anlage 16 zur Niederschrift.

Es lagen keine Wortmeldungen vor.

Kenntnis genommen

8 Kriminalprävention Senioren

Herr Kriminaldirektor Zimmermann ist als Leiter des Leitungsstabes beim Polizeipräsidenten zuständig für Strategie, Controlling, Öffentlichkeitsarbeit, Presse und Netzwerkarbeit.

Er verweist auf den Ratsbeschluss vom 14.02.2019, der die Bildung eines gesamtstädtischen Kriminalpräventiven Rates vorsieht. Die Auftaktsitzung war im März 2019. Mitglieder sind der Stadtdirektor (Leitung), der Polizeipräsident, je ein Mitglied der im Hauptausschuss stimmberechtigten Fraktionen, ein Mitglied des Polizeibeirats und je 1 Vorsitzender der bezirklichen Kriminalpräventiven Räte.

Der Rat soll der Sicherheitskonferenz zuarbeiten, in der Polizeipräsident, Oberbürgermeisterin, Stadtdirektor und Vertreter der Justiz zusammenarbeiten. Ziele des Rats sind die Analyse gesamtstädtischer Entwicklungen und die Entwicklung konkreter Maßnahmen und Aktionspläne zur Kriminalitätsprävention. Die Netzwerkarbeit sei weiterzuentwickeln. Die gemeinsame Geschäftsstelle, Herr Eckart und städtischerseits Frau Poth, haben hierzu die etwa 140 kriminalpräventiven Netzwerke analysiert.

Er schildert, dass sich bei den Straftaten zum Nachteil älterer Menschen – insbesondere Taten über das Telefon und Trickdiebstähle - die bekannten Schadensfälle („Hellfeld“) in Köln von 800 im Jahr 2015 auf 4.000 im Jahr 2019 verfünffacht haben („Versuchsfälle“). Die beendeten Taten hätten sich etwa verdoppelt. Die Täter seien organisiert, die Anrufer säßen in der Regel im Ausland.

Er berichtet von einem Workshop des Kriminalpräventiven Rates im Dezember 2019. Dort wurde in moderierten Arbeitsgemeinschaften überlegt, wen können wir bei Präventionsmaßnahmen beteiligen und wie können wir die Opfer und deren Umfeld – Pflegedienste, Banken, Verwandte etc. - erreichen (Die Dokumentation wird im Anschluss verteilt).

Der Ratsbeschluss sieht die Einrichtung von Fachkreisen vor. In Vorgesprächen zwischen der Geschäftsstelle und Dr. Rau wurde überlegt, im ersten Schritt mit einem Fachkreis Senioren zu starten. Der Fachkreis soll städtische Entwicklungen analysieren und vor allem konkrete Maßnahmen priorisieren und auf den Weg bringen.

Herr Zimmermann schlägt vor, dass sich im Anschluss an die nächste Stadtarbeitsgemeinschaft Seniorenpolitik Mitglieder in einem kleineren Kreis im Fachkreis Senioren zu einer konstituierenden Sitzung treffen, und über das weitere Vorgehen beraten. Die Sitzungen könnten möglicherweise zweimal jährlich stattfinden, möglicherweise je-

weils im Anschluss an die Stadtarbeitsgemeinschaft Seniorenpolitik. Er bietet Beteiligung an der Geschäftsführung des Fachkreises an.

Herr Dr. Theisohn äußert Verwunderung, dass die Seniorenvertretung Köln als gewählte Vertreterin der älteren Menschen nicht in den Kriminalpräventiven Rat und zu dem Workshop im Jahr 2019 eingeladen wurde, obwohl vor 2 Jahren Kontakte bestanden und gegenseitige Information und Unterstützung vereinbart worden sei.

Herr Zimmermann bedauert, dass die Seniorenvertretung nicht zu dem Workshop eingeladen worden sei. Die Zusammensetzung des Kriminalpräventiven Rates sei durch dessen Geschäftsordnung vorgegeben. Aber im Einzelfall werde die Seniorenvertretung gerne themenbezogen eingeladen und am Fachkreis Senioren sei die Seniorenvertretung auf jeden Fall zu beteiligen.

Herr Hauser fragt, welche Wünsche die Polizei an die Kommunalpolitik habe. Eine zweite Frage ist für ihn, wie die Täter an die Telefonnummer potentieller Opfer im Seniorenalter kämen.

Herr Zimmermann berichtet, dass Adressenlisten gehandelt und Telefonbücher nach "älteren Vornamen" durchforstet würden.

Herr Wild kündigt eine Veranstaltung der Wohlfahrtsverbände in Zusammenarbeit mit dem Kommissariat Vorbeugung für den 04. November an, bei der circa 90 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verbände, tätig beispielsweise in den Bereichen Seniorenberatung und SeniorenNetzwerke, als Multiplikatorinnen zu Telefon- und Trickbetrug sensibilisiert werden.

Herr Dr. Rau stellt zusammenfassend fest, dass verwaltungsseitig Frau Burkert für die Koordination zum Thema Kriminalprävention und dem Fachkreis Senioren zuständig ist. Er werde mit ihr in die weitere Planung einsteigen, im Austausch mit der Polizei. In der nächsten Sitzung werde dann ein Vorschlag für die konkrete weitere Arbeit vorgestellt.

Im Anschluss an den Vortrag wird die Broschüre über den Workshop 2019 verteilt. Sie ist Anlage 17 zur Niederschrift.

Der Bericht von Dr. Zimmermann und die Broschüre werden zur **Kenntnis genommen**.

9 Verschiedenes

Herr Meurers informiert über die Firma NetCologne, die vorgeschlagen hat, dass über eine Nummer der Stadt Köln, anfragende Bürgerinnen und Bürger an beispielsweise Seniorenberatung, Seniorenvertretung oder Wohlfahrtsverbände weiter vermittelt werden. Er bittet die Verwaltung um Prüfung des NetCologne-Vertrags mit der Datenschutzregelung.

Herr Woltmann berichtet, dass es sich um eine Initiative der Seniorenvertretung Innenstadt handelt. Sie wurde im Jour Fixe mit dem Vorstand der gesamtstädtischen Seniorenvertretung besprochen. Nach Rückmeldung der Seniorenvertretung wird die Verwaltung die Initiative prüfen.

Herr Dr. Theisohn ergänzt, dass sich das Thema auf der Tagesordnung der nächsten SVK-Stadtkonferenz befindet.

Herr Dr. Theisohn berichtet, dass die Antworten auf die Wahlprüfsteine der Seniorenvertretung in einer 20-seitigen Synopse zusammengefasst wurden. Die wurde von einem Arbeitskreis zu einer wertenden vier-seitigen Zusammenstellung komprimiert. Diese werde er einreichen, um sie als Anlage zur Niederschrift zur Kenntnis zu geben (s. Anlage 18). Die Seniorenvertretung stellt die Synopse bei Interesse auch direkt Interessenten zur Verfügung, sobald sie in der Stadtkonferenz beraten wurde.

Herr Dr. Theisohn trägt vor, dass es in der Presse Berichte über lange Wartezeiten bei der Beantragung von Wohngeld gebe und fragt nach dem Sachstand.

Herr Dr. Rau antwortet, dass die Verwaltung dabei sei, Rückstände abzubauen.

Frau Grimbach-Schmalfuß weist darauf hin, dass zeitgleich mit der nächsten Sitzung der Stadtarbeitsgemeinschaft am Nachmittag des 03.12.2020 die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik tagt.

Herr Dr. Rau entscheidet, dass für die Stadtarbeitsgemeinschaft Seniorenpolitik eine terminliche Alternative geprüft werde.

(Nachtrag: Der Termin wurde auf den 11.12.2020 verlegt, von 9 - 11 Uhr. Von 11 - 13 findet anschließend der Fachkreis Senioren des Kriminalpräventiven Rates statt. Die Mitglieder wurden bereits per E-Mail informiert. Im Ratsinformationssystem ist der Theo-Burauen-Saal im Spanischen Bau eingetragen. Das Amt der Oberbürgermeisterin hat zusätzlich den Ratssaal reserviert, sodass im Bedarfsfall auf diesen ausgewichen werden kann. Die endgültige Bekanntgabe des Raumes erfolgt spätestens mit dem Einladungsschreiben).

Sitzungsende: 10.55 Uhr

Gez. Dr. Rau
(Sitzungsleitung der Stadtarbeitsgemeinschaft Seniorenpolitik)

Gez. Holtmann
Geschäftsführer der Stadtarbeitsgemeinschaft Seniorenpolitik

Anlagen